

Ratsfraktion

**An den
Bürgermeister der
Stadt Lüdenscheid**

**Büro: Glatzer Str. 64
58511 Lüdenscheid**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Wir stellen folgenden Antrag mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Ausschüsse und den Rat:

Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Haushalts- und Stellenplan 2010 der Stadt Lüdenscheid

55 Millionen soll das Defizit des städtischen Haushaltes der Stadt Lüdenscheid betragen.

Das ist ein Skandal. Die neoliberale Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen beim Bund, in den Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren hat zu der katastrophalen Finanzsituation geführt. Umverteilung des gesellschaftlich Reichtums von unten nach oben, unermessliche Steuerentlastung von Großkonzernen und Reichen bei gleichzeitiger Belastung der abhängig Beschäftigten, Kleinrentner und Arbeitslosen sind das Ergebnis dieser unverantwortlichen Politik.

Mehr Reiche, viele Arme und ein Gemeinwesen, das seine wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, Infrastrukturmaßnahmen, Aufgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich gar nicht oder nur unzureichend wahrnehmen kann, schlägt mit aller Wucht bei den Kommunen auf.

Die bisher im Rat vertretenen Parteien reagieren auf diese Entwicklungen völlig hilflos. Jahrzehntelanger Abbau kommunaler Leistungen, Schließungen von Einrichtungen wie das Jugendzentrum Schillerbad und massive Stellenvernichtung haben die Probleme der Stadt nicht gelöst, sondern wie festzustellen ist, die Probleme nur verschärft. CDU, SPD und Grüne im Rat tragen Mitverantwortung für die Arbeitslosigkeit in Lüdenscheid.

Durch den bewussten Verzicht auf eine auch vom Land geforderte

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Gewerbsteuererhöhung hat die Finanzkrise der Stadt Lüdenscheid verursacht.

55 Millionen Defizit sind Folge dieser Politik. Ein oberflächliches "Weiter so" darf es nicht geben.

Einnahmeerhöhung ist notwendig

Ohne eine grundlegende Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes wird es keine Sanierung von Städten und Gemeinden geben. Das gilt auch für Lüdenscheid. Die vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen sind in unseren Augen schon jetzt Makulatur. Würden sie - was wir nicht glauben - umgesetzt - würden das 5 Millionen weniger Ausgaben bedeuten. Reduzierung der Kosten für die Rattenbekämpfung und weniger Geld für die Unterbringung von Kampfhunden erinnern eher an Kabarett als an perspektivische Politik.

Dringend notwendig ist Erhöhung der Einnahmesituation. Deswegen fordern wir die

Erhöhung und nicht Senkung des Spitzensteuersatzes für Reiche und Großkonzerne

die Erhöhung der Vermögens- und der Erbschaftssteuer

die konsequente Verfolgung von Steuerflucht und Steuerbetrug

Auf dieser Grundlage muss eine Reform der Gemeindefinanzen erfolgen. Sie muss zu einer Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt werden. Miet- und Pachteinnahmen, die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Freiberufler wie Ärzte, Architekten und Rechtsanwälte müssen zukünftig dieser Steuer unterliegen.

Für den Lüdenscheider Haushalt fordern wird

- die Erhöhung der Gewerbesteuer mindestens auf den Landesdurchschnitt
- die Erhöhung der Grundsteuer wie von der Verwaltung vorgeschlagen
- die Abführung der Gewinne der stadteigenen Sparkasse an den Haushalt-
- die Erhöhung der Kita-Gebühren für die Bezieher hoher Einkommen auf den Kibiz-Satz

Wir machen folgende Sparvorschläge

- Reduzierung der Dezernentenstellen - nach der Gemeindeordnung ist nur ein Vertreter für den Bürgermeister notwendig
- der Verwaltungsrat der Sparkasse hat für billige Kredite für



Investitionen der Stadt zu sorgen

- Streichung der vorgesehenen Mittel für das in der Nazi-Zeit errichtete Denkmal an der Parkstraße ((500.000 €)
- Keine Sonderzuschüsse für die freien Träger von Kindertagesstätten Orientierung an den vom Kibiz zugrunde gelegten Trägeranteil
- Beendigung der kostenlosen zur Verfügung Stellung von stadteigenen Kindergärten (Obertinsberg - Träger Internationaler Bund, Nordstraße - Träger ev. Kirchengemeinde, Kita Parkstr. - Träger DRK z.B.)
- Gleichbehandlung aller Träger von Jugendeinrichtungen (Beendigung 100% Finanzierung des Internationalen Bundes)

Forderungen an den Haushalt

- kostenloses Mittagessen für alle Kinder von Hartz IV-Emfängern und Kinder anderer Eltern mit ähnlich hohem Einkommen.
- Einführung eines Sozialpasses - kostenlose Nutzung von Hartz-IV Empfängern und Personen mit ähnlich hohem Einkommen der MVG, der vhs, des Kulturhauses, des Schwimmbades u.a.
- Ferienfreizeiten des Jugendamtes für Kinder dieses Personenkreise
- Realisierung des Beschlusses für einen Familienspielplatz am Jahnplatz
- Erweiterung des Platzangebotes für Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule. Kein Kind darf wie in der Vergangenheit der Fall abgewiesen werden.
- Realisierung eines öffentlichen Beschäftigtenprogramms
 - keine 1€-Jobs, sondern Zahlung von TariflöhnenDas Projekt der Förderung von Arbeitslosen bei der Stadtwacht muss erhalten bleiben
- realistische Personalplanung bei der Stadt angesichts zunehmender Aufgaben, keine weitere Stellenvernichtung
- Reduzierung der Beamtenplanstellen zugunsten weiterer Angestellten-Stellen. Einstellung der Beamtenausbildung



- Maßnahmen gegen die unerträgliche Jugendarbeitslosigkeit u.a. durch Die Erhöhung der Ausbildungsplätze bei der Stadt und den städtischen Betrieben
- Reprivatisierung der Reinigung bei der Stadt Lüdenscheid

Yasin Kut
Ratsherr
Partei DIE LINKE

